

01.10.2012

Kleine Anfrage 523

des Abgeordneten Marc Lürbke FDP

Information der Bevölkerung in Katastrophenfällen

Der Großbrand in einer Düngemittelfabrik in Krefeld am 25.09.2012 und die infolgedessen vom Niederrhein bis ins westliche Ruhrgebiet gezogene Rauchwolke haben erneut die Frage aufgeworfen, ob die Bürger und Bürgerinnen in Nordrhein-Westfalen in ausreichendem und zuverlässigem Maß in Katastrophenfällen über notwendige Maßnahmen zum Schutz insbesondere des eigenen Lebens und das der Familie informiert werden können.

Ein bundesweit flächendeckendes Netz von Sirenen auf Häuserdächern existiert nicht mehr, weil der ursprüngliche Hauptzweck der Errichtung nach dem zweiten Weltkrieg, der Zivilschutz im kalten Krieg, glücklicherweise weggefallen ist. Dem Rundfunk als aktuelles Hauptwarnmittel bei Großschadenslagen und Katastrophen fehlt der sogenannte „Weckeffekt“. Ein hinreichend taugliches System mit „Weckeffekt“ steht nach dem Abbau des Zivilschutz-Sirenennetzes nicht mehr zur Verfügung. Bund und Länder setzen bei der Schaffung eines neuen Warnsystems offenbar maßgeblich auf die Entwicklung des Modularen Warnsystems (MoWaS). Dieses stützt sich auf das Satellitengestützte Warnsystem (SatWaS) zur Warnung der Bevölkerung im Spannungs- und Verteidigungsfall. MoWaS soll Warnungen über Medienbetreiber, Pager, Internetprovider und Sirenen, Brandrauchmelder, Handys und Smartphone-„Apps“ ermöglichen. Die Länder können die Entwicklung weitgehend selbständig vorantreiben. Nicht zuletzt angesichts der Tatsache, dass SatWaS bereits seit 2001 vorgehalten wird und dass gerade die Mobilfunktechnologie rasante Entwicklungsschritte nimmt, verwundert, dass bei der Vorstellung des Entwicklungsstandes von MoWaS in der Zivilschutzverbindungsstelle Kalkar in Uedem durch das Innenministerium NRW und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) Mitte September deutlich wurde, dass seit 2009 immer noch die Realisierung des „Weckeffekts“ geprüft wird. Ebenso beunruhigt die laut einem Pressebericht geäußerte Erklärung einer Sprecherin des Innenministeriums NRW, dass es im Hinblick auf die Warnung per SMS noch Forschungsbedarf gebe und noch nicht ausgeschlossen werden könne, dass SMS wegen überlasteter Funknetze stecken blieben (Rheinische Post, 28.09.2012). Gerade die Problematik überlasteter Funknetze sollte der Landesregierung spätestens seit der Katastrophe der Loveparade am 24.07.2010 bekannt sein.

Datum des Originals: 28.09.2012/Ausgegeben: 02.10.2012

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Es drängt sich die Frage auf, ob die Landesregierung des bevölkerungsreichsten Bundeslandes mit seinen zahlreichen Industriestandorten die Entwicklung der Bevölkerungswarnung nicht zielgerichtet genug vorantreibt.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Welche Erfahrungen hat die Landesregierung aus den bisherigen Tests von MoWaS in den Pilotgebieten Köln und dem Kreis Steinfurt gezogen?
2. Welche Einsatzfälle hat es in der Testphase in Köln und im Kreis Steinfurt gegeben?
3. Welche über eventuelle, in Köln und im Kreis Steinfurt gewonnene hinausgehende Erfahrungen und Aspekte stehen der weitergehenden Realisierung von MoWaS entgegen?
4. Wann wird MoWaS flächendeckend in NRW einsatzfähig sein?
5. Welche Systeme könnte die Landesregierung alternativ aufbauen?

Marc Lürbke